

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 46

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sowjetische These von der vorläufigen Ausweitung der Staatsgewalt stützt sich auf Stalin, der noch kurz vor seinem Tode (Januarplan des ZK der KPdSU 1953) erklärt hatte, dass «das Absterben des Staates nicht durch Schwächung der Staatsgewalt, sondern durch ihre maximale Stärkung erfolgt». Chruschtschew übernahm diese Anschauung ohne jede Einschränkung: «Den sozialistischen Staat unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu schwächen, heisst dem Feind zu helfen», führte er vor dem 21. Parteikongress aus. «Man darf sich den Prozess des Absterbens nicht vereinfacht als eine Art herbstlichen Blätterfall vorstellen, wo das Laub fällt und nur die kahlen Aeste übrigbleiben.» In diesem Sinne wurde er noch in diesem Herbst von der massgebenden Parteipresse zitiert.

Dabei bezieht sich dieser Aspekt keineswegs nur auf die äussere Staatsmacht (Militär usw.), was sich noch durch die «imperialistische Bedrohung» rechtfertigen liesse, sondern durchaus auch auf die innern Verhältnisse. «Die Festigung des Staates ist ein Weg, der zur demokratischen Entwicklung führt», hiess es etwa in «Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo» in Uebereinstimmung mit der ganzen Parteiliteratur.

Bis zu einem gewissen Grad lässt sich dabei eine Ueberlegung begreifen. Da die Gesellschaftsorganisationen mit ihren Sozialnormen dereinst die Rolle des Staates übernehmen sollen, müssen sie vom Staate quasi «in die Praxis eingeführt» werden, wodurch er jetzt erhöhte Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten erhält, da die parteigeleiteten Gesellschaftsorgane jeden Bereich des Arbeits- und Privatlebens umfassen. Der Staat verstärkt also seinen Zwang, um ihn hernach laut kommunistischer Theorie völlig aufzugeben.

In Wirklichkeit heisst das höchstens, dass er ihn der KP völlig übergeben wird.

Soziales

**Jugoslawien
Die Lohnverteilung**

Die jugoslawische Wirtschaftsreform hat unter anderm eine Bewegung im Lohn- und Preisgefüge zur Folge, die noch keineswegs abgeschlossen ist, aber schon deutlich ein Spannungsverhältnis zwischen Produktionsforderungen und Sozialforderungen aufgezeigt haben, obwohl beide im Prinzip vom staatlichen Wirtschaftsplan geregelt werden sollen.

An sich sollen Arbeitsproduktivität und Löhne im gleichen Masse gesteigert werden, aber der forcierte Produktionsanreiz

In der Sicht Titos

Preiserhöhung, ungenügende Arbeitsproduktivität, mangelnde Sozialpolitik und Landflucht waren einige wichtige Themen aus Titos Rede vom 13. November in Skopje. Der jugoslawische Staatschef sprach «offen über die negativen Erscheinungen, obschon dies im Ausland als Vorwand benützt wird, um zu beweisen, dass in Jugoslawien nicht alles gut steht».

Bezüglich der Industrie-Entwicklung wies Tito auf bestehende «Anomalien» hin, die vor allem die Rentabilität betrafen. Es würden, im Bestreben Bauprogramme zu erfüllen, zu viele Betriebe der gleichen Branche ohne Rücksicht auf die Marktbedürfnisse gebaut. Dann ein Hauptpunkt:

brachte zusätzlich eine Lohn- und Preisbewegung in Gang, die zwar nicht inflatorischen Charakter angenommen hat, oder in jugoslawischen Wirtschaftskreisen doch zu lebhaften Erörterungen Anlass gibt. (Die Suche nach ausländischen — westlichen — Krediten hat ohnehin eine Absinkung der Kaufkraft beschleunigt). Der Durchschnittslohn von Facharbeitern, der noch letztes Jahr auf etwa 13 500 Dinar lag, ist heute wesentlich höher. Unsere Tabelle aus der «Borba» vom 10. Oktober gibt darüber Aufschluss. Die Preise sind mindestens im gleichen Verhältnis gestiegen (neuestens sind die Getreidepreise recht massiv erhöht worden).

Aber unsere Tabelle ist auch in anderer Hinsicht interessant, nämlich in bezug auf die unterschiedliche Lohngestaltung in den verschiedenen Produktionszweigen. Hier ergibt sich trotz der «sozialistischen» Plankonzeption ein nahezu kapitalistisch anmutendes Bild.

(An sich ist die kommunistische Theorie auch offiziell nicht für «Gleichmacherei» in der Lohnpolitik, wie schon das Wort «Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen» erkennen lässt. Wo jedoch ganze Wirtschaftszweige je nach Profitabilität entlohnungsmässig unterschiedlich behandelt werden, beginnen die Kriterien von Angebot und Nachfrage der freien Marktwirtschaft über die planwirtschaftlichen Normen obenaus zu schwingen.)

Noch verdeutlicht wird es durch die recht massiven Unterschiede von oben nach unten in den gleichen Wirtschaftszweigen. Wie sich aus jugoslawischen Presseberichten ergibt, verdient etwa der Direktor eines kleinen Betriebes oft das Zwölfwache eines Angestellten. Während sich die grössten Monatslöhne auf 170 000 Dinar belaufen, liegen die niedrigsten noch bei 8000.

Schärfer wurde der Ton, als die Gesteigungskosten zur Sprache kamen: «Die niedrige Arbeitsproduktivität ist eine der wesentlichsten negativen Erscheinungen vieler Betriebe. Wir fragen uns, weshalb die Preise immer steigen, obschon Waren genug vorhanden sind. Der Grund liegt darin, dass einige unserer Fabriken die Preise willkürlich erhöhen, um sich grössere Lohnfonds zu schaffen. Diese Praxis schafft uns nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Schwierigkeiten.

Im weiteren enthüllte Tito, dass Arbeiter manchmal aus dem einzigen Grund entlassen würden, weil sie Kritik an bestehenden Mängeln ausübten. Auch hier wurde angefügt, dass «solche Kleinigkeiten dem hohen jugoslawischen Ansehen in der Welt Schaden zufügen.» (Sorge um Westkredite)

Im Agrarsektor stellte Tito einerseits ungenügende Ernte-Erträge und andererseits eine fortdauernde Landflucht namentlich der jüngeren Generation fest. Beiden Erscheinungen will der jugoslawische Präsident mit Kollektivierungsmassnahmen begegnen, die allerdings vorsichtig und allmählich durchgeführt werden sollen, um die Katastrophen der Satelliten zu vermeiden. Wirtschaftliches Nahziel der Kollektivierungskampagnen: Rationellere Ausnutzung des Traktor- und Maschinenparks.

Tito hielt seine Rede vor 200 000 Zuhörern anlässlich der Einweihung der Autostrasse Gredica-Skoplje, die 138 km lang ist und von den Jungarbeiterbrigaden dieses Jahr fertig gebaut wurde. Der Strassenbau gehört zu den Sektoren, in denen Jugoslawien unzweifelhafte Erfolge aufzuweisen hat.

Landwirtschaft

Polen

Erster Kongress seit 1956

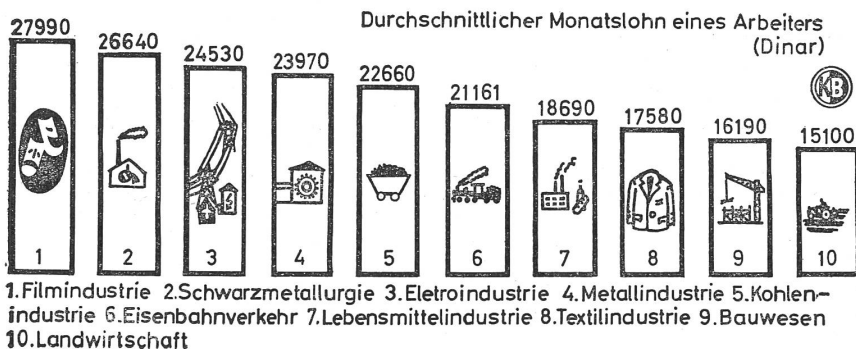
Die polnischen Kollektivbauern halten im Januar ihren ersten Kongress seit der Machtübernahme durch Wladyslaw Gomulka im Oktober 1956 ab. Damals war die Mehrheit der polnischen Kollektive aufgelöst worden.

Auf einer Sitzung des Nationalrats der Kollektivwirtschaften wurde der Termin des Kongresses für den Januar 1962 festgesetzt und zur Vorbereitung ausserdem, laut Presseberichten, «eine ganze Serie von Distrikt- und Provinzkongressen für die Delegierten der Kollektive gestartet».

Der letzte Kongress hatte im Mai 1956 stattgefunden, als es in Polen weit über 10 000 Kollektivwirtschaften gegeben hatte. Heute zählt man nicht mehr ganz 2000.

Auf dem Kongress des Jahres 1956 waren verschiedene Resolutionen verabschiedet worden, die alle eine rapide Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vorsahen. Aber kurze Zeit später begann sich die Lage in der Landwirtschaft bedeutend zu verschlechtern. Immer mehr Kollektivbauern reichten Gesuche ein, in denen sie um ihren Austritt aus den Kollektiven nachsuchten. Dabei handelte es sich in erster Linie um solche Mitglieder, die gezwungen worden waren, in die Kollektive einzutreten und die das Gefühl einfach nicht los wurden, von selbständigen Grundbesitzern zu landwirtschaftlichen Arbeitern degradiert worden zu sein.

Schon vor den Ereignissen des Oktobers 1956, die Gomulka wieder an die Macht



«Bodenkäufe»

Die polnische Agrarbank hat seit 1958 vom Staatlichen Bodenfonds 117 000 ha an Bauern Boden verkauft. Das Interesse der Einzelbauern am Bodenkampf ist immer noch gross. Es kommen monatlich 2000 bis 3000 Gesuche an das Verkaufsbüro der Zentralstelle der Agrarbank und an ihre Wojewodschafts- und Bezirksabteilungen aus Bauernkreisen, welche Boden kaufen wollen. Der Bodenverkauf entwickelt sich besonders in den nördlichen und nord-westlichen Gebieten des Staates, rege. Während 1958 nur 27 Prozent des verkauften Bodens auf Einzelbauern in diesem Gebiet entfiel, betrug dieser Prozentsatz im verlaufenen Jahr schon 70 und in den ersten neun Monaten 1961 sogar 80 Prozent. Auf dem Gebiet der Stettiner, Olsztynier und Koszalinier (Koesilin) Wojewodschaften wird der grösste Teil des Bodens verkauft. Von den zentralen und südlichen Wojewodschaften, besonders von der Kielcser, Lubliner, Lodzger, kommen die Bauern, vor allem die jungen, nach Norden und Nordwesten.

gebracht hatten, war die Zahl der Kollektive ständig zurückgegangen, so zum Beispiel zwischen Juli und September 1956 von 10 600 auf 10 200.

Dann kam Gomulka und auf dem berühmten «achten Plenum» im Oktober 1956 beschloss die Partei, denjenigen Kollektiven, die keine Gewähr für eine weitere positive Entwicklung boten und die die Kollektivierungsbestrebungen in Misskredit brachten, zu erlauben, sich aufzulösen. Von dieser Erlaubnis wurde mit Windeseile Gebrauch gemacht. Ende des Jahres 1956 gab es nur noch 1534 Kollektive.

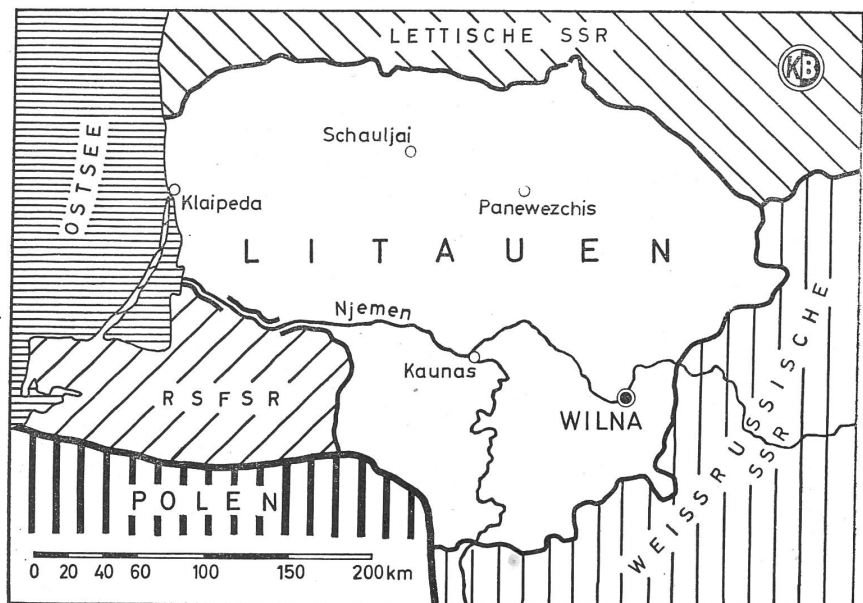
Durch die Reorganisation alter Kollektivgüter und durch verschiedene Neugründungen stieg die Zahl der Kollektive bis zum Juni des Jahres 1960 auf 2111, betrug also mehr als doppelt so viel wie zum Jahresende 1956.

Dann begann abermals ein Abstieg; die Zahl der Kollektive nahm von Monat zu Monat ab und betrug im Juli 1961 schliesslich noch 1974. Seitdem liegen keine offiziellen Angaben über die Gesamtzahl der Kollektive in der polnischen Landwirtschaft mehr vor.

Der Vorsitzende des Nationalrats der Kollektivwirtschaften berichtete auf der kürzlich stattgefundenen Sitzung, innerhalb der letzten drei Jahre seien in Polen 733 neue Kollektive gegründet worden. Was er allerdings verschwiegen, ist die Tatsache, dass die Gesamtzahl der Kollektive lediglich um 172 angestiegen ist, da im gleichen Zeitraum 561 Kollektive aufgelöst worden sind.

Was die landwirtschaftliche Nutzfläche betrifft, die von den bestehenden 1974 Kollektiven bewirtschaftet wird, so liegen darüber keine Angaben vor. Im Sommer des Jahres 1960, als es noch 2111 Kollektive gab, gehörten ihnen jedoch lediglich 251 600 Hektaren, das sind 1,2 Prozent der gesamten polnischen landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Damals bewirtschafteten die Staatsgüter 11,9 Prozent und die selbständigen Bauern 86,9 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Polens. Die Volkszählung im vergangenen Dezember erwies die Existenz von über 3 600 000 privaten Bauernhöfen mit einer Durchschnittsgrösse von 5,2 Hektaren.



Litauische Sozialistische Sowjetrepublik

Geschichte: Der 1569 mit Polen zu einem einheitlichen Staat verschmolzene litauische Staat fiel nach den Teilungen Polens (1772—1795) an Russland. Diese Eroberung wird in der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung als eine «fortschrittliche Tat» erklärt. Am 16. Februar 1918, nach anderthalb Jahrhundert dauernder Unterdrückung, erklärte der Landesrat Litauens als einen unabhängigen Staat. Moskau versuchte den üblichen Weg zu beschreiten: im ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Kommunisten) wurde das Büro der litauischen Sektionen errichtet, welches die kommunistische unterirdische Bewegung von Moskau aus lenkte und unter einer von Moskau gestellten Exilregierung den Bürgerkrieg vorbereitete. Das im November 1918 errichtete Militär-Revolutionsskomitee, bzw.

die am 8. Dezember 1918 errichtete kommunistische «Regierung» setzten sich die Festigung, bzw. die Errichtung der Sowjetmacht zum Ziele. Mit Moskaus Hilfe wurde am 16. Dezember 1918 die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik ausgerufen, welche am 22. Dezember 1918 von der RSFSR anerkannt wurde. Doch hat hier Moskaus Politik fehlgeschlagen und die RSFSR musste im Friedensvertrag vom 12. Juli 1920 die Unabhängigkeit der Litauischen (bürgerlichen) Republik anerkennen.

Im Sommer 1940 übernahm die KP (die damals 1500 Mitglieder hatte) die Macht und Litauen wurde durch den «litauischen Sejm» zu einer sozialistischen Sowjetrepublik erklärt (21. Juli 1940), welche um die Aufnahme als Unionsrepublik in die UdSSR bat. Am 3. August 1940 wurde Litauen in die UdSSR aufgenommen. Der Verlauf der Ereignisse war charakteristisch: 10. Oktober 1939 — Beistandspakt mit der UdSSR, die UdSSR errichtete militärische Stützpunkte. Unter dem Vorwand, Litauen habe die Bestimmungen des Paktes verletzt, erzwang der Kreml (Ultimatum vom 14. Juni 1940) den Rücktritt der bürgerlichen Regierung und die Bildung einer sozialistischen Regierung unter Sowjetkontrolle. Nach dem Einmarsch von weiteren Sowjettruppen am 14. Juni 1940 wurden Neuwahlen abgehalten. Die Einverleibung Litauens wurde mit Zustimmung und Anerkennung Hitlerdeutschlands durchgeführt, wurde aber von den Westmächten niemals anerkannt. — 1941 wurde Litauen von Hitlerdeutschland besetzt und 1944 von den Sowjets wieder erobert.

Der wiederholten Einverleibung folgten die Deportationen, wo man sich zwar nicht auf das Nationale bezog: Kulaken, Gewerbetreibende und Kollaborationisten mit Deutschland wurden — als unsichere Elemente — deportiert: 1940/41 etwa 150 000 und 1944-1950 etwa 200 000 bis 250 000 Personen. (Maurach: Handbuch, S. 350—351). (Kollektivierung: 1948—1951 — BSE). Verfassung: 25. August 1940. — Grundlage der politischen Macht: verfassungsmässig

Baltische Assimilationsschwierigkeiten

Zahlreiche Angriffe auf den «bourgeois Nationalismus» bei den regionalen Parteikongressen dieses Herbstes in Lettland, Litauen und Estland lassen erkennen, dass die Sowjetunion in ihrem Versuch, die baltischen Nationen innerhalb der «sowjetischen Völkerfamilie» zu assimilieren, immer noch auf Widerstand stösst.

Eine der schärfsten Kritiken des lettischen Parteisekretärs galt den dortigen Kultur- und Erziehungsministerien. Es war bereits 1960 wegen «politischer Fehler nationalistischen Charakters» getadelt worden und wurde jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass die Verhältnisse nach wie vor unbefriedigend seien.

In Litauen bahnten sich ebenfalls umfassende Säuberungen an. Die Partei, durch ein besonderes Dekret des ZKs zu Massnahmen gegen den lokalen Nationalismus ermächtigt, musste zugeben, dass sich «verworrene Anschauungen nationalistischer und revisionistischer Art» verbreitet hätten. Der Kongress hat beschlossen, den akademischen Nachwuchs in noch verstärktem Ausmass in den übrigen Teilen der Sowjetunion ausbilden zu lassen.

die Sowjets, in Wirklichkeit aber die KPL, welche am 8. Oktober 1940 in die KPdSU aufgenommen wurde.

Einwohner: 2 713 000, davon 56 Prozent städtische- und 44 Prozent Landbevölkerung.

Bevölkerung: In Litauen leben 2 151 000 (79,3 Prozent) Litauer, 231 000 (8,5 Prozent) Russen, 230 000 (8,5 Prozent) Polen und 30 000 (1,1 Prozent) Weissrussen. Die Gesamtzahl der in der UdSSR lebenden Litauer wird mit 2 326 000 angegeben. Es ist jedoch charakteristisch, dass man auf Grund der letzten Volkszählung (15. Januar 1959) nicht feststellen kann, wo sich 150 000 Litauer befinden. In Lettland leben 32 000 (Volkszählung 1959). In den übrigen Republiken werden sie aber nicht erwähnt, obwohl in der RSFSR ganz kleine Völkergruppen mit 40 000 bis 50 000 Menschen aufgezählt wurden.

Fläche: Flachland (0 bis 700 m über Meer) 65 200 Quadratkilometer. Hauptstadt: Wilna (Wilnius) mit 250 000 Einwohner.

Wirtschaft: Grundlage Landwirtschaft, zunehmender Getreideanbau. Die grossen Entsumpfungs- und Ameliorationsprojekte sind nur zum Teil durchgeführt worden, haben aber immerhin einige Erfolge aufzuweisen. Industrie noch wenig entwickelt. Für den geplanten Grossaufbau der Fahrradproduktion sind die Absatzgebiete selbst im gelenkten Wirtschaftsbereich des Comecon wenig gesichert, da verschiedene Satelliten und China darin spezialisiert sind und einander schon gegenseitig konkurrenzieren. Die chemische Industrie (Superphosphat wird gefördert).

Literatur

Sowjetunion

Judenfrage ist tabu

Der Antisemitismus ist als Thema in der sowjetischen Literatur unerwünscht, denn es könnte auf die Probleme der unterdrückten Bevölkerungsschichten hinweisen.

Die Sachlage zeigte sich diesen Herbst deutlich in einer heftigen Kontroverse um einen Schriftsteller, der das Tabu gebrochen hatte. Die Judenfrage stört die Kommunistische Partei auch in ihrem Bemühen, sich als einziger Feind des Hitlerregimes herzustellen, während sie in Wirklichkeit bei der Behandlung ganzer Bevölkerungsgruppen nicht im Gegensatz, sondern in Parallele zum nationalsozialistischen Vorgehen steht.

Die Juden verfügen in der Sowjetunion über kein autonomes Gebiet, trotzdem sie laut Volkszählung 1959 rund 2,7 Millionen Sowjet-Einwohner stellen.

Der junge russische Dichter Ewgeni Jewtuschenko hat offensichtlich die «Kulturhüter» der UdSSR in zwei Lager gespalten.

Das kulturelle Organ «Literaturnaja Gasjeta», die Zeitschrift des sowjetischen Schriftstellerverbandes, das Jewtuschenkos umstrittenes Gedicht «Babi Jar», das sich mit dem Antisemitismus auseinandersetzt, brachte, nahm eindeutig für ihn Stellung. «Literatura i Schisn» (Zeitschrift des RSFSR-Schriftstellerverbandes), ein anderes führendes kulturelles Organ, veröffentlichte eine scharfe Ablehnung des Gedichtes und sprach in verletzender Weise von dem Dichter als von einem «Zwerg», einem «Weltbürger» und einem

Menschen, «dessen Seele zusammengeschrumpft ist, wie eine Hose, die zu eng geworden ist».

Zu seinen Gegnern scheint auch der sowjetische Dichter Mihail Scholokow, der Autor des Romans «Und ruhig fliesst der Don», zu gehören. In seiner auf dem 22. Parteikongress gehaltenen Rede lieferte er eine ironische Beschreibung der Art und Weise, wie die jungen Schriftsteller aus den Provinzen von Moskau angezogen werden und riss damit seine Zuhörer zu wahren Beifallsstürmen hin. Er nannte den Namen Jewtuschenkos nicht, aber jeder wusste, dass er den augenblicklichen Liebling der inoffiziellen Moskauer literarischen Welt meinte.

«Sie haben von den triumphalen literarischen Abenden Moskaus gehört, von unseren Boudoir-Dichtern, die von berittener Polizei und dem hysterischen Geschrei junger Damen begleitet sind», sagte er. «Und auch sie wollen sich in ihren unglaublich engen Hosen und absurd breitschultrigen Jacken von diesen leicht zufriedenzustellenden Damen produzieren.»

Jewtuschenko geriet durch sein Gedicht über Babi Jar, die Schlacht in der Nähe von Kiew, in der die Nazis etwa 40 000 bis 70 000 Juden hinhordeten und verscharrten, in den Brennpunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen.

Der Dichter sah das Massaker mit den Augen eines Juden und verliert seine Meinung, dass kein Russe, der auch nur die leisesten Spuren von Antisemitismus zeige, «ein wahrer Russe» sein könne, deutlich Ausdruck.

«Literatura i Schisn» griff denn auch Jewtuschenko prompt an und warf ihm vor, durch das Herausgreifen dieser jüdischen Tragödie alle anderen Völker der UdSSR beleidigt und ausserdem die Gelegenheit nicht wahrgenommen zu haben, die sowjetische Propaganda gegen die Bonner «Militaristen» und «Revanchisten» aufzugreifen.

«Er sagte nicht eine Silbe über den Hitlerismus oder die faschistischen Eindringlinge — angesichts von Babi Jar kam ihm dies nicht in den Sinn!»

Auch habe er versäumt, die Grösse der Kommunistischen Partei zu demonstrieren. Statt die Entwicklung nationalisticischer Engstirnigkeit zu fördern, hätte er helfen sollen, «die Werktätigen zum Internationalismus und zum sozialistischen Patriotismus, zur Ablehnung aller Manifestationen von Nationalismus und Chauvinismus zu erziehen».

Verärgert fragte das Blatt: «Weiss ist offensichtlich das Gegenteil von Schwarz. Aber ist das weisse Banner des Pazifismus das Banner der wahren Kämpfer gegen die schwarze (faschistische) Banditenflagge? Ist der sechszackige Davidsstern das einzig wahre Zeichen der Kämpfer gegen den Antisemitismus?»

Mitteilung an die Leser

Die Leser des «Klaren Blicks» können das Buch «Uns gehört die Zukunft, Genossen!» von Joseph Novak (Besprechung KB Nr. 38) zu einem Vorzugspreis (Fr. 13.80 statt Fr. 16.80) beziehen. Eine Bestellkarte liegt dieser Nummer bei.

Gewerkschaften

Nigeria

Fallen gelassen

Nicht eingehaltene sowjetische Versprechen bewirkten, dass eine kommunistisch finanzierte afrikanische Gewerkschaft ihre Geldgeber preisgab.

Der dissidente linksextreme «Nigerian Trades Union Congress» (NTUC) hatte bisher immer bestritten, irgendwelche materielle Hilfe aus den Ostblockländern erhalten zu haben. Doch bei der letzten Jahreskonferenz der Organisation in Lagos gab der stellvertretende Generalsekretär, Wahab Goodluck, in aller Öffentlichkeit (jedenfalls vor Vertretern der nigerischen Presse) zu, der NTUC seien Zuwendungen aus China und der SBZ zugekommen. Zwischen der NTUC und dem ostdeutschen Gewerkschaftsbund bestünden ausserdem ausserordentlich starke Bande.

Anscheinend hat Goodluck mit seiner Enthüllung bezweckt, der Sowjetunion mit dem Vorbild ihrer Rivalen und ihrer Satelliten einen Wink mit dem Zaunpfahl zu geben. Die UdSSR hatte Zusicherungen finanzieller Unterstützung gegeben, liess es aber anscheinend dabei bewenden. «Es genügt nicht», erklärte der afrikanische kommunistische Gewerkschaftsführer in aller Form, «moralische und finanzielle Hilfe zu versprechen, um sie dann im Augenblick des dringendsten Bedarfs zurückzuhalten.»

Tröstlich ist immerhin die Feststellung, dass Erpressermethoden, die gewisse afrikanische Kreise dem Westen gegenüber mit Virtuosität praktizieren, zuweilen auch gegenüber dem kommunistischen Machtblock angewandt werden können.

BRIEFE

K's Kilowatt

Auf S. 4 des KB Nr. 43 findet sich eine kleine Notiz: Laut Ausführungen von Chruschtschew soll die Erzeugung von Elektroenergie von 170 Milliarden kWh im Jahr 1959 auf 327 Mia kWh im Jahr 1961 gestiegen sein. An diesen Angaben stimmt etwas nicht. Nach Fischers Weltatmanach 1961 hat die Energieproduktion der Sowjetunion im Jahr 1958 schon 232 Milliarden kWh betragen.

Hat nun Chruschtschew die Produktion von 1959 hinuntergelogen, damit der Zuwachs der beiden letzten Jahre imposanter aussieht?

Vor einigen Jahren habe ich mir aus einer Schweizer Fachzeitschrift (leider weiss ich nicht mehr welche es war) herausgeschrieben, das Plansoll der Sowjetunion für 1960 sei 328 Milliarden kWh Energie.

P. B in Bern

Zunächst haben wir einen Fehler im KB zu berichtigen: Die 170 Milliarden kWh beziehen sich auf 1955 (nicht 1959). Im übrigen aber entsprechen die Angaben Chruschtschews den sowjetischen Darstellungen. Demnach betrug 1959 die Elektroenergieproduktion 265,1 Milliarden kWh, 1960 aber 292,3 (Chruschtschew vor dem Parteitag) oder 292,0 (frühere Veröffentlichungen des statistischen Amtes) Milliarden kWh. Die für 1961 geschätzte Zahl von 327 Milliarden nimmt sich in dieser Reihe plausibel aus. (Für 1958 sprechen die so-

wjetischen Veröffentlichungen von 233 Milliarden kWh).

Die Elektroenergie gehörte zu denjenigen Gebieten, in welchen der Plan von 1960 (wie übrigens schon 1959 im ersten Jahr des Siebenjahresplanes) überfüllt wurde. Bei der von Ihnen aufgeschriebenen Zahl handelt es sich möglicherweise um die Zielsetzung eines früheren Persektivplanes, wo allgemein Richtlinien, nicht aber konkrete Produktionsvorschriften (wie in den Fünf- und Siebenjahresplänen) erlassen werden. Andererseits ist es auch denkbar, dass die Zahl andere Energiequellen als nur die Elektrizität einbeschloss.

Red. KB

Die ungebildeten Litauer

Zu KB Nr. 45 über die Moldau: «Bildungsgrad: nach Litauen der niedrigste in der UdSSR» (S. 5).

Den Bildungsgrad eines baltischen Volkes mit slawischen oder asiatischen Völkern zu vergleichen ist an und für sich ein Unsinn. Zu behaupten, dass Litauen den niedrigsten Bildungsgrad von allen Völkerschaften der Sowjetunion hat, ist eine Unverschämtheit. Der Autor des genannten Artikels stützt sich sicher auf irgendwelche Statistik, denn er operiert mit Zahlen. Es gibt aber Statistiken und Statistiken. Den gesunden Menschenverstand sollte einer, auch wenn er Statistiken anschaut, nicht verlieren.

A. K. in Bern (baltischer Name)

Es ging in keiner Weise um den Bildungsstand einer baltischen Völkerschaft, sondern um denjenigen einer russifizierten Sowjetprovinz, aus welcher die ursprüngliche Landesintelligenz fast vollständig deportiert wurde, sofern sie nicht nach dem Ausland flüchtete. Litauen erlitt den grössten Verlust (siehe S. 5). Die von uns verwendete Statistik über das Verhältnis von Akademikern zur Bevölkerungszahl ist einer offiziellen sowjetischen Publikation entnommen («Sprawotschnik Sekretarja Perwitschnoj Partijnoj Organizazii», Moskau, 1960). Darnach hat Litauen (nur ein geographischer Begriff und keine Völkerschaft) mit Abstand den kleinsten Promillebestand (175) an Personen mit (abgeschlossener oder nicht abgeschlossener) Mittelschulbildung.

Red. KB

Gebrauchsterminologie im Osten

Kulak

Dieses in der kommunistischen Parteiterminologie immer wieder auftauchende Wort hat heute einen doppelten Inhalt:

1. als sachlicher Begriff: Grossbauer (nicht aber Grossgrundbesitzer), der Bauer also, der seine Felder im Unterschied zum Grossbauern selbst bearbeitet, aber dazu im Unterschied zum Kleinbauern zusätzliche fremde Arbeitskräfte braucht. In diesem Sinne gibt es den Kulaken heute mit Ausnahme von Polen im kommunistischen Machtbereich nicht mehr, da er (in der Sowjetunion) physisch liquidiert oder (in den Satelliten) durch die Kollektivierung enteignet wurde.

2. als dialektischer Begriff: der Klassenfeind und Träger der reaktionären Gedanken auf dem Lande. Es kann sich dabei um Landarbeiter von nachweislich proletarischer Herkunft handeln. Das ist der heute

Curriculum der Woche

FILIPP IWANOWITSCH GOLIKOW

Sechs Monate nach seiner Beförderung zum Marschall auf dem 22. Kongress der KPdSU als Mitglied des Zentralkomitees der Partei gewählt, ohne jemals Kandidat gewesen zu sein. Gilt als Günstling Chruschtschews. In seiner Rede vor dem Kongress forderte er bessere Verbreitung der Parteilinie und beschuldigte u. a. Marschall Schukow, seinerzeit die KP-Autorität in der Armee untergraben zu haben.

Geboren 1900. Mit 18 Jahren Mitglied der KP und Eintritt in die Rote Armee, Teilnahme am Bürgerkrieg. 1919 bis 1931 Politruk der Roten Armee, 1931 Absolvent der Frunze-Kriegsakademie, Mitglied des ZK-Präsidiums der Weisserussischen KP und ZK-Kandidat der KP der Ukraine. 1937 erstmals Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR. 1940 bis 1941 stellvertretender Generalstabschef und 1941 bis 1943 Armeefehlshaber an der Brjansker und Woroneschfront. Darnach bis 1950 stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Leiter der Hauptverwaltung Kadar der Sowjetarmee. 1950 bis 1956 Befehlshaber einer mechanisierten Armee und darnach bis 1958 Leiter der Akademie für Panzertruppen. Wird 1958 Leiter der Hauptabteilung Politik für Heer und Marine. Ein Jahr später erfolgt seine Beförderung vom Rang eines Generalobersten zum Armeegeneral und im Frühling dieses Jahres zum Marschall.

überwiegende Wortgebrauch. (Man vergleiche etwa als Parallellfall das Wort «Faschist», das durchaus auf ehemalige Kämpfer gegen Hitler angewandt werden kann.)

*

Der Kulak gilt als ein Hauptfeind der kommunistischen Gesellschaftsordnung, obwohl er in ihren ersten Phasen als Produzent für sie unentbehrlich ist. Berühmt wurde die Parole der stalinistischen Agrarpolitik: «Gestützt auf die Kleinbauern, im Bündnis mit den Mittelbauern, gegen die Kulaken. In der Sowjetunion ging man gegen die Kulaken vorerst nur indirekt («Kulakensteuern», Ablieferungsvorschriften) vor, weil man sonst eine Hungersnot befürchtete. Erst der 16. Parteikongress beschloss parallel zur Annahme des ersten Fünfjahresplanes die landwirtschaftliche Totalkollektivierung und die Vernichtung der Kulakenklasse. 5 Millionen Kulakenfamilien wurden vertrieben, deportiert oder getötet. Die mehr oder weniger ständige Agrarkrise der UdSSR hängt mit der Vernichtung der an der landwirtschaftlichen Produktion am meisten interessierten Klasse zusammen.

In den Volksdemokratien ging die Ausrottung der Kulaken mit der landwirtschaftlichen Kollektivierung 1959/60 unblutig vor sich. Die Bauern wurden als Landarbeiter oder LPG-Mitglieder in die Genossenschaften oder Staatsgüter aufgenommen. Die Agrarsituation hat sich mit diesen Massnahmen nachweislich verschlechtert. Nicht durchgeführt ist die Totalkollektivierung in Polen.

Der Kampf gegen das Kulakentum im dialektischen Sinn spitzt sich gegenwärtig zu,

wobei die geistige Zugehörigkeit zum Kulakenstand als Strafbestand (Sozialgefährlichkeit) gewertet werden kann. Kürzlich wurden etwa in der CSSR drei Landarbeiter als «Kulaken» verurteilt.

(Der interne Kampf gegen den Kulaken als Klassenfeind muss sich aus taktischen Gründen nicht notwendigerweise extern auswirken. Es wäre beispielsweise denkbar, dass Protestkundgebungen von Kulaken im Ausland von den KP unterstützt würden.)

Wirtschaft

Rumänien

Im Weiterausbau

Rumänien, das im vergangenen Jahr die grösste industrielle Zuwachsrate von allen osteuropäischen Ländern aufzuweisen hatte, baut seine Wirtschaft weiter aus.

In einer kürzlich in Bukarest gehaltenen Rede teilte Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer mit, dass die für die ersten neun Monate des Jahres 1961 geplante Industrieerzeugung um 3,8 Prozent überschritten worden ist. Er fügte hinzu, bis zum Jahresende betrage die Industrieproduktion um 35 Prozent mehr als im Jahre 1959.

Damit beträgt in den Jahren 1960 und 1961 — den ersten beiden Jahren des laufenden Sechsjahresplans — die durchschnittliche Zunahme der Industrieproduktion etwa 16 Prozent jährlich; das sind drei Prozent mehr, als in den Direktiven des Sechsjahresplans vorgesehen waren.

Maurer gab ausserdem bekannt, das Volumen, der durch sozialistische Verteiler verkauften Waren werde sich in diesem Jahr gegenüber dem Jahre 1959 um 30 Prozent erhöhen und die Zahl der fertiggestellten Wohnungen und Häuser um 60 Prozent. Diese beiden Zahlen entsprechen den Planzielen.

Militär

Albanien

«Ausserdienstlich»

Mehr als 83 000 albanische Staatsbürger nahmen dieses Jahr an den von der paramilitärischen «Sportvereinigung für Nationale Verteidigung» veranstalteten Übungen teil. Die Meldung stammt von der chinesischen Nachrichtenagentur Neues China aus Tirana.

Als Ziel dieser ursprünglich 1949 gegründeten Vereinigung nannte die Agentur die «Ausbildung der Jugend und der Kader in militärischen und sportlichen Dingen sowie eine vaterländische Erziehung, so dass sie im Bedarfsfalle an der Verteidigung des Mutterlandes teilnehmen könnten».

Die Vereinigung verfügt, wie die Agentur weiter berichtete, über mehr als 3000 Organisationen in den Fabriken, Betrieben, Schulen und landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben. «Diese Unterorganisationen sorgen für die Ausbildung der einzelnen Mannschaften im Auto-, Motorrad- und Traktorfahren, Schiessen, in der Fernmeldetechnik und im Luftschutz.»

«Unter dem Schlagwort der Partei, in der einen Hand eine Spitzhacke und in der anderen ein Gewehr», so fügte Neues China hinzu, «organisiert die Vereinigung sehr wirkungsvoll sportliche Aktivität auf Massengrundlage.»

Unser Memo

Die Forderung nach einer politischen Lenkung des gesamten Osthandels hat innerhalb des parteipolitischen Lebens unseres Landes Gehör gefunden und wird immer häufiger erörtert. Eine gemeinsame politisch-kontrollierte Osthandeltaktik verlangte kürzlich eine sozialdemokratische Interpellation vor dem Jugendparlament. Den Abbau des von blossen Profitdenken bestimmten Osthandels forderten beispielsweise innerhalb der letzten Tage etwa Prof. Marbach und Lorenz Stucki.

Nun ist auch der Entwurf einer Stellungnahme der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich zu dieser Frage erschienen. Sie untersucht die landläufigsten Argumente, die zugunsten freigestalteter Handelsbeziehungen mit dem kommunistischen Machtblock ins Feld geführt werden und weist sie in Schlussfolgerungen zu allen einzelnen Punkten als unzutreffend nach. Ein Boykott wird für unsere Verhältnisse wohl empfohlen, aber als vorübergehende Massnahme bis zur Erreichung eines international koordinierten Osthandels. Es wird ausgeführt:

«Die Tatsache, dass das sowjetische und das in der freien Welt installierte Wirtschaftssystem nach völlig verschiedenen Prinzipien gesteuert werden, wobei das 'rote' System konsequent auf eine Verstärkung der Macht des östlichen Lagers hin arbeitet, macht es für die freie Welt dringend notwendig, dass sie sich auf eine gemeinsame Strategie, die durch die OECD erreicht werden könnte, im Osthandel ausrichtet. Nur dadurch wird die freie Welt in der Lage sein, die für sie schädlichen Auswirkungen des Osthandels aufzufangen und aus dem Handel mit dem Ostblock ebenfalls politisches Kapital zu schlagen.»

Wir gehörten und gehören zu den Befürwortern einer solchen Zentralstelle im Rahmen der OECD. Freilich sind wir der Ansicht, dass auch eine solche Organisation ihren Aufbau haben muss, und da dazu keine Autorität «von oben» vorhanden ist, glauben wir an die Möglichkeit, ihn von unten her zu beginnen, das heisst in nationalem Rahmen. Ganz gewiss müsste

das Hand in Hand mit einer Drosselung des Osthandels gehen, und ganz gewiss wäre es nur unter der aktiven Förderung der politischen Parteien möglich. Die positive Diskussion im schweizerischen Parteileben ist deshalb nur zu begrüssen.

Der Schnappschuss

Im September nahmen in Warschau nicht weniger als 480 000 Personen an der «freiwilligen Aufbauarbeit» teil, die am Sonntag verrichtet wird und dem Regime billig zu stehen kommt. Der grösste Kontingent (205 000) wurden von den Betrieben mobilisiert, ein weiterer ansehnlicher Teil (118 000) von den «Hausblocksomitees». Zumeist handelt es sich um Arbeit an Strassenbau, Parkanlagen oder ähnlichem. Warschau zählt 1,1 Millionen Einwohner.

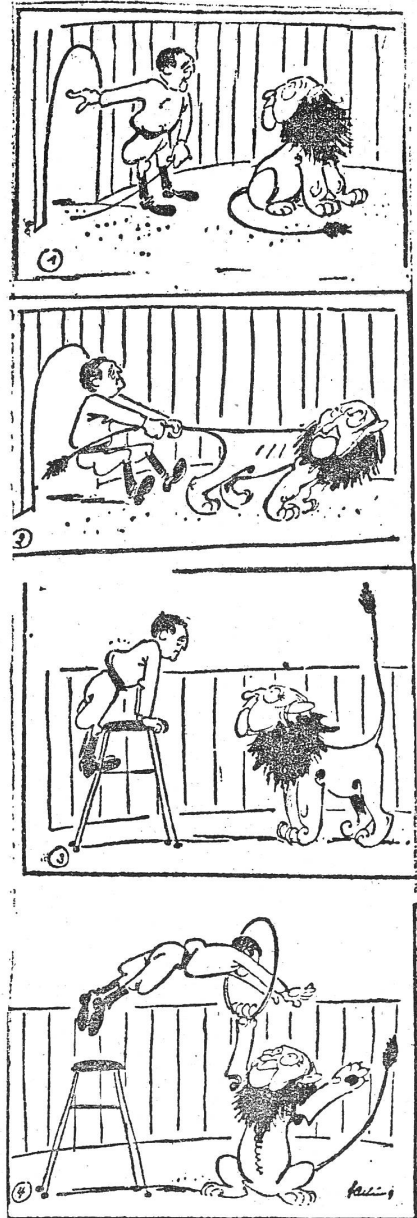
Auf eine Apotheke kommen in Polen durchschnittlich nicht weniger als 15 000 Einwohner; in mehreren Wojewodschaften müssen einzelne Apotheken auch 20 000 und mehr Personen bedienen. Diese Tatsache ersucht «Głos Pracy» (Warschau) zu berücksichtigen, wenn man gegen die Schlange stehenden Käufer etwas Wirksames unternehmen wolle. Vorgeschlagen wird die Errichtung von Verkaufsstellen für Pharmazeutika in den grösseren Industriebetrieben.

Ueber Herkunft und Geburtsdatum des neuen Literatur-Nobelpreisträgers Ivo Andric ist in Jugoslawien eine Kontroverse ausgebrochen. Der Buchhändler Mustafa Gafic aus Travnik hat in seiner Stadt das Geburtsregister aus dem Jahre 1892 nachgeprüft und erklärt dabei herausgefunden zu haben, dass der Schriftsteller nicht am 10. sondern am 9. Oktober jenes Jahres geboren worden sei. Auch stamme er nicht aus einer Handwerkerfamilie; sein Vater (übrigens auch sein Pate) sei vielmehr Schulabwart gewesen. Zu Verwechslungen Anlass gegeben hat anscheinend die Geburt eines weiteren Ivan Andric im gleichen Jahr (Mutternamen Pasalic, während die Mutter des Nobelpreisträgers eine geborene Pejic war), der aber bereits 1894 starb. (Vergl. Curriculum, KB Nr. 43.)

Löwe und Dompteur

Diese zeichnerische Glosse zu den deutschen Koalitionsverhandlungen erschien in der «Literaturen Front» (Sofia) vom 9. November: Erich Mende als Dompteur hat sich vorgenommen, den alten Löwen Adenauer zu dressieren. Das Resultat der Bemühungen schildert die nicht gar so abwegige Bilderfolge, die zweifellos hübsch geraten ist.

Dass man in der Ostblockpresse auf eine Karikatur über Westdeutschland stösst, die nicht in dieser oder jener (modulationsarmen Form) den faschistischen Revanchismus zum Gegenstand hat, ist nachgerade eine kleine Sensation. Kein Zufall allerdings ist es, dass sie sich in Bulgarien ereignet, das unter den Satellitenstaaten über die politischen Karikaturisten mit dem besten Niveau verfügt. (Die primitivsten Zeichner hat die SBZ. Sie werden nur noch von den SBZ-Textern unterboten.)



Eselsfutter im Kolchos

Chruschtschews Landwirtschaftspolitik zielt nicht nur darauf ab, vermehrten Boden mit vermehrter Intensität zu bebauen (wobei zum mindesten der letztere Punkt weitgehende Misserfolge aufzuweisen hat), sondern auch auf zahlreiche Umstellungen der landwirtschaftlichen Produktion. Zahlreiche Gebiete haben laut Plan neue Pflanzungen einzuführen und alte aufzugeben. Dies geht selbstverständlich nicht reibungslos. An die Schwierigkeiten erinnerte Chruschtschew mit einem seiner Witze vor dem kürzlichen Parteitag: «Wenn einige Mitarbeiter hartnäckig darauf beharren, den Ackerboden nur mit Hafer zu bepflanzen, dann werden wir sie auch nur mit Haferbrei füttern.» Die Illustration dazu stammt aus der Sondernummer des Krokodil (siehe Seite 2), die den Agrarmotiven einen wichtigen Platz einräumt.

